

mandelbaum *verlag*

Georg Rosenitsch

ENTFREMUNG – WIDERSTAND – UTOPIE

Selbstverwaltete Initiativen
in der griechischen Krise

mandelbaum *verlag*

mandelbaum.at • mandelbaum.de

ISBN 978-3-85476-859-3

© mandelbaum *verlag* wien • berlin 2020
alle Rechte vorbehalten

Lektorat: ELVIRA M. GROSS

Satz: KEVIN MITREGA

Umschlagkonzept: MICHAEL BAICULESCU

Druck: ARKA, Cieszyn

INHALTSVERZEICHNIS

1.	EINLEITUNG	7
2.	ZENTRALE BEGRIFFE – FORSCHUNGSFRAGE – METHODEN	11
2.1.	Zentrale Begriffe	11
2.2.	Forschungsfrage	19
2.3.	Methoden der Feldforschung und Analyse	21
3.	KRISE UND ENTFREMDUNG	29
3.1.	Was ist Entfremdung?	32
3.2.	Vom Aufschwung in die ökonomische Depression	41
3.3.	Schocktherapie und Innere Abwertung	45
3.4.	Postdemokratie und Entfremdung	49
3.5.	Raus aus der Großstadt	56
3.6.	Gesundheit in der Krise	62
4.	WIDERSTAND	77
4.1.	Einflüsse	80
4.2.	Die Geschichte anarchistischer und antiautoritärer Kämpfe in Griechenland	100
5.	UTOPIE	129
5.1.	Alles für alle? – Alternative Ansätze zum Thema ›Eigentum‹	139
5.2.	Von entfremdeter Arbeit zu selbstbestimmter Tätigkeit – alternative Ansätze zum Thema ›Arbeit‹	165
5.3.	Alternative Ansätze zu zwischenmenschlichen Beziehungen und Organisationsformen	191
5.4.	Die Genderperspektiven alltagsutopischer Initiativen	205

6.	2018 – GEGENWART UND AUSBLICK	210
6.1.	Interview mit Christine Papadopoulou – »Wir brauchen keine Märtyrer_innen«	210
6.2.	Interview mit Stavros Stavrides – »Die nächste Revolution wird feministisch sein«	214
7.	RESÜMEE	219
8.	QUELLEN	225

1. EINLEITUNG

Beim Abschluss dieser Arbeit jährt sich die Weltwirtschaftskrise, deren Beginn allgemein mit 9. August 2007 festgemacht wird, zum elften Mal¹ (vgl. Schäfer 2017). Langsam setzt sich medial und politisch die Ansicht durch, dass das Schlimmste überstanden ist und die Erholung bereits eingesetzt hat. Gleichzeitig werden allerdings Stimmen laut, die vor einer weiteren, noch größeren Finanzkrise warnen (vgl. Stelter 2017). Es ist nun keineswegs die Absicht dieser Arbeit, sich in finanzpolitische Diskussionen einzumischen, die sich um höhere oder niedrigere Investitionen, mehr oder weniger Regulierungen oder das gegenwärtige Zinsniveau drehen. Vielmehr mache ich mich auf die Suche nach radikalen Alternativen außerhalb des kapitalistischen Denkrahmens, die nicht nur in Büchern und Vorträgen existieren, sondern im täglichen Leben tatsächlich ausprobiert werden. Auf einige solcher anti- oder postkapitalistischen *Alltagsutopien* bin ich in Griechenland gestoßen, das die tiefste und längste Rezession eines europäischen Landes in Friedenszeiten hinter sich hat (vgl. Höhler 2018). Es sind meist eher kleine Initiativen jenseits des Staates, die einerseits dringend benötigte materielle Bedürfnisse befriedigen, andererseits kapitalistische Dogmen wie das Privateigentum, die Markt- und Geldwirtschaft, Top-Down-Organisationsformen oder das Streben nach Profit und Wachstum radikal hinterfragen.

Diese Arbeit soll ein Beitrag sein, den verengten Diskurs über die griechische Krise zu erweitern: In konservativen, liberalen und Boulevard-Medien wird Griechenland als Täter identifiziert, der über seine Verhältnisse gelebt und damit seinen gegenwärtigen Zustand selbst verschuldet hat (vgl. URL 1), tendenziell linke Medien und Griechenlands Premier Tsipras hingegen sehen Griechenland als Bauernopfer und Versuchskaninchen neoliberaler Politik (vgl. URL 2).

1 Diese Ethnografie behandelt vorrangig die Zeit von 2013 bis 2018. Wichtige Ereignisse, die sich danach abgespielt haben, etwa die Abwahl der Syriza 2019 und die Repressionen der nun regierenden konservativen Partei Nea Dimokratia gegen selbstverwaltete Initiativen, werden hier nicht mehr ausgeführt.

Unter den Tisch fällt dabei in der Regel die Mikroperspektive: die Praktiken, die die griechische Bevölkerung entwickelt hat, um den alltäglichen Auswirkungen der Krise zu begegnen. Die einzelnen Menschen sind Akteur_innen, die sich nicht passiv ihrem Schicksal ergeben, sondern individuell oder kollektiv handeln, um ihr Auskommen zu sichern. Dabei werden traditionelle Werte und Gewohnheiten verteidigt, aber gleichzeitig auch neue Ideale und Praktiken entwickelt: Während manche vom Griechenland der Vergangenheit träumen, lassen andere das Gestern hinter sich und entfalten ein utopisches Bewusstsein zwischen gegenwärtiger Alltagsbewältigung und Gestaltung der Zukunft. Diesen experimentierfreudigen Utopist_innen möchte ich diese Arbeit widmen.

Um Veränderung zu inspirieren, muss man progressive Entwicklungen sichtbar machen. Die vorgestellten Initiativen haben weder den Stein der Weisen noch *die* Lösung für die ökonomischen und sozialen Probleme Griechenlands gefunden, aber sie eröffnen uns neue Blickwinkel und Denkweisen und können das Verständnis für die Situation verbessern. In den Rissen und Widersprüchen des kapitalistischen Systems öffnen sich Räume, in denen neue Formen von Produktion, sozialer Organisation und Verteilung ausprobiert werden können. Wer in diesen alltagsutopischen Initiativen lebt oder an ihnen teilnimmt, verändert wiederum seine Wünsche und Bedürfnisse, die Ideen und Praktiken beginnen also, sich autonom weiterzuentwickeln (vgl. Cooper 2014: 34). All diese Experimente sind jedoch in ihr Umfeld eingebunden, sie sind keine abgeschotteten Inseln innerhalb des kapitalistischen Systems – deshalb sind sie zwangsläufig von inneren Widersprüchen geprägt. Niederlagen gehören ebenso zu ihnen wie Erfolge. Ich möchte einige dieser Initiativen näher vorstellen und ihr utopisches Potential analysieren. Gleichzeitig möchte ich ausgewählte Akteur_innen beleuchten und zu Wort kommen lassen, um ihre individuellen und kollektiven Vorstellungen und Ziele greifbar zu machen.

Im zweiten Kapitel werde ich einige zentrale Begriffe definieren und mich dabei von der Makroperspektive (dem Wirtschaftssystem) zur Mikroperspektive (den selbstverwalteten Initiativen) vorarbeiten. Anschließend stelle ich meine Forschungsfrage, das konkrete Feld, den Forschungsablauf und die im Zuge meiner Forschung angewandten Methoden vor.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der *Krise*. Diese möchte

ich anhand des Konzepts der sozialen *Entfremdung* untersuchen. Da das Thema »Krise« ausreichend Material für eine eigene Arbeit bietet, beschränke ich mich auf zwei ausgewählte Aspekte derselben: die Stadtflucht und die Gesundheitskrise. Diese beiden Krisensymptome werde ich anhand dreier ausgewählter Initiativen darstellen.

Das vierte Kapitel ist dem *Widerstand* gewidmet. Meiner Ausgangsthese zufolge entstehen alltagsutopische Initiativen vorwiegend aus kollektivem Widerstand. Massenmobilisierungen führen auch zu einer Mobilisierung und Konzentrierung neuer Ideen. Ich werde zwei widerständige, aber auch konstruktiv-kreative Bewegungen vorstellen, die zum Ideengeber für die griechische Bewegung² wurden: die Zapatistas und den Anarchismus. Ihre Gedanken und Praktiken haben sowohl widerständige Kämpfe als auch den Aufbau utopischer Initiativen inspiriert. Abschließend folgt die Geschichte der antiautoritären Kämpfe in Griechenland von den 1970ern bis heute.

Das fünfte Kapitel betrachte ich als den inhaltlichen Schwerpunkt meiner Arbeit. Hier rücken, nach einer Einführung in das Konzept der *Utopie*, die alltagsutopischen Initiativen in den Fokus: u. a. eine Zeitbank, eine besetzte Fabrik unter Arbeiter_innenverwaltung, ein Schenkladen, eine Nachbar_innenschaftsinitiative, ein Ökodorf sowie mehrere Genoss_innenschaften. Ich werde diese auf ihre alternativen Ansätze zu den Themenbereichen Eigentum, Arbeit, zwischenmenschliche Beziehungen und Organisationsformen sowie hinsichtlich der Genderperspektiven untersuchen.

Das abschließende sechste Kapitel beinhaltet ein kritisches Resümee und einen Ausblick auf mögliche zukünftige an diese Arbeit anschließende Forschungsfragen und -themen.

Dank

Bevor ich in die Materie einsteige, möchte ich mich bei den Personen bedanken, ohne deren Unterstützung dieses Buch nicht entstanden wäre. Mein Dank gilt an erster Stelle denjenigen Griech_innen, die für mich weit mehr waren als bloße »Informant_innen« oder Interviewpartner_innen und die gewissermaßen zu einer zweiten Fa-

2 Ich verwende den Begriff Bewegung im Singular, weil er auch von meinen griechischen Gesprächspartner_innen so benutzt wurde. Zu dieser sehr heterogenen Bewegung werden alle nicht-parlamentarischen linken, anarchistischen und antiautoritären Individuen und Gruppen gezählt.

milie geworden sind. Durch eure persönliche Offenheit und Großzügigkeit habe ich Griechenland lieben gelernt und tiefere Einblicke in die gegenwärtige Situation erhalten, als es mir durch rein wissenschaftliche Methoden je möglich gewesen wäre. Eugenia, Doros, Gogo, Maria, Christine, Stelios und Christos – wir sehen uns bald wieder!

Ausgesprochen wichtig war die Unterstützung von Manuela Banoža, mit der ich die gesamte Feldforschung absolvierte und deren Forschung sich mit dieser Arbeit ausgezeichnet ergänzen wird. Danke für unzählige Stunden gemeinsamer Diskussionen und Reflexionen. Nicht vergessen möchte ich an dieser Stelle Inés Morales, die nicht nur in Athen eine große Unterstützung war.

Großer Dank geht an alle geduldigen Korrekturleserinnen: Julia Schranz, Steffi von der *Librería Utopía*, Milena Gegios und Karina Grandits.

Zu guter Letzt möchte ich mich bei Werner Zips bedanken, der mir so viel Freiheit wie möglich und so viel Unterstützung wie nötig gegeben hat. Außerdem entstand auf dem Feldpraktikum in Leonidio und Patras die Grundidee für diese Arbeit. Danke auch dafür.

2. ZENTRALE BEGRIFFE – FORSCHUNGSFRAGE – METHODEN

2.1. Zentrale Begriffe

An dieser Stelle möchte ich einige Begriffe erläutern, die für das Verständnis des Themas essentiell sind. Die ›Krise‹ und ›selbstverwaltete Initiativen‹ sind Teil des Titels dieser Arbeit, bei beiden Begriffen ist eine Definition notwendig: Das Wort ›Krise‹ ist Teil der Alltagssprache und auch medial einem inflationären und ungenauen Gebrauch ausgesetzt. ›Selbstverwaltung‹ wiederum ist ein Terminus, dessen rechtswissenschaftliche Definition sich von der in dieser Arbeit verwendeten deutlich unterscheidet. Der Begriff des ›neoliberalen Kapitalismus‹ hat es zwar nicht in meinen Arbeitstitel geschafft, es handelt sich hierbei aber sozusagen um die allgegenwärtige sozio-ökonomische Kulisse meines Themas. Die Bedeutung von ›Entfremdung‹, ›Widerstand‹ und ›Utopie‹ werde ich in den jeweiligen Kapiteln erörtern (siehe Kapitel 3, 4, 5).

2.1.1. Der neoliberale Kapitalismus

Der *neoliberale Kapitalismus* bzw. *Neoliberalismus* trat ab Mitte der 1970er Jahre seinen globalen Siegeszug an und ist heute das dominierende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem (vgl. Biebricher 2012: 9). Ich bevorzuge den Begriff ›neoliberaler Kapitalismus‹, weil er ausdrückt, dass es sich hier um kein komplett neues System handelt, sondern um die gegenwärtig vorherrschende Spielart des Kapitalismus, so wie sie Mitte des 20. Jahrhunderts der Keynesianismus³ war. Der neoliberale Kapitalismus geht von einer Reihe von unbewiesenen Grundannahmen aus, die als selbstverständlich durchgesetzt wurden: Das Individuum, welches selbstbezogen seinen eigenen

3 »Kern der keynesianischen Theorie ist die Annahme, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage die Wirtschaft steuert. Lässt die Nachfrage nach, so führt das zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit. Um das zu vermeiden, soll der Staat bei nachlassender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage gegensteuern. Dies tut er, indem er die Nachfrage stimuliert« (Bevc 2007: 113).

wirtschaftlichen Vorteil verfolgt (›Homo Oeconomicus‹), steht im Mittelpunkt des Denkens (vgl. Bourdieu 2004 [1996]: 51). Das wichtigste und einzige Ziel menschlichen Handelns ist das größtmögliche Wachstum von Produktivität und Wettbewerb (vgl. ebd.). Der dominante Allokationsmodus dieser Wirtschaftsform ist der permanente Konkurrenzkampf um Reichtum, Güter, Lebenschancen, Macht, Privilegien, Positionen, Anerkennung oder Status (Rosa 2016: 341). Durchgesetzt wird dieses politische Projekt durch eine umfassende Deregulierung des Marktes: Politische Hindernisse und bändigende Regeln sollen zugunsten individueller Bestrebungen nach Profitmaximierung beseitigt werden (vgl. Bourdieu 2004 [1998]: 126). Gleichzeitig sollen sich weite gesellschaftliche Bereiche der Dominanz des Marktes unterordnen, staatliche Aufgaben werden eng begrenzt: Der Staat soll sich den Marktkräften unterwerfen und lediglich deren Rahmenbedingungen sichern. Im Vordergrund stehen hierbei der Schutz des Privateigentums und vertraglicher Rechte (vgl. Michalitsch 2006: 49).

Diese Politik hat tiefgreifende Folgen: Um den dem Kapitalismus innewohnenden Wachstumszwang zu befriedigen, werden immer weitere Lebensbereiche kommodifiziert, die davor nicht marktförmig organisiert waren. Ehemals gemeinschaftliche und familiäre Pflichten werden in Lohnarbeit umgewandelt, es kommt zur umfassenden Privatisierung öffentlicher Dienste und Beschneidung öffentlicher und sozialer Ausgaben. Der Wohlfahrtsstaat wird bis auf ein Minimum abgebaut, wobei es nur noch um die allernotwendigste Hilfe für die Armen geht, nicht aber darum, staatsbürgerliche Teilhaberechte für alle sicherzustellen. Gleichzeitig kommt es zu einem wachsenden Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich, da die Einkommensunterschiede größer werden und das Steuersystem nicht mehr auf Umverteilung ausgerichtet ist: Wer seine Wettbewerbsfähigkeit verliert, droht unterzugehen. Durch den euphemistischen Begriff der ›Eigenverantwortung‹ wird das Individuum unabhängig von gesellschaftlichen und systemischen Umständen für Erfolg und Scheitern verantwortlich gemacht. Ansprüche der ökonomischen Verlierer_innen an eine Solidargemeinschaft werden damit obsolet (vgl. Crouch 2008 [2003]: 34f, 103f; Bourdieu 2004 [1998]: 127; Rosa 2016: 341). Der sogenannte *Nachtwächterstaat*, der »[...] nur mehr die Rolle des Polizisten und Kerkermeisters einnimmt, kommt zu neuen Ehren; das Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich wächst;

das Steuersystem ist nicht länger auf Umverteilung ausgerichtet; Politiker kümmern sich vor allem um die Belange einer Handvoll Wirtschaftsführer, deren speziellen Interessen dann höflich in die Sprache der Leitlinien der öffentlichen Politik übersetzt werden [...]« (Crouch 2008 [2003]: 34f). Während diese Entwicklung zeitweise zu einem politischen Desinteresse von Menschen in schwachen sozialen Positionen führte, lässt sich gegenwärtig eine vermehrte Hinwendung zu rechtspopulistischen bis rechtsextremen Politiker_innen und Parteien feststellen (vgl. ebd.; Röttle 2016).

Für David Harvey ist der neoliberale Kapitalismus kein grundsätzlich neues Konzept, sondern die Rückkehr der Macht einer Klasse und ihrer Privilegien: Es handelt sich um einen Klassenkampf von oben – ein »[...] *politisches* Projekt, das neue Voraussetzungen für die Kapitalakkumulation schaffen und die Macht der Wirtschaftseliten wiederherstellen soll« (Harvey 2007: 27). Pierre Bourdieu bezeichnet den Neoliberalismus als *konservative Revolution*, zu deren Wesen gehört, dass sie einer Restauration einen revolutionären Anstrich gibt (vgl. Bourdieu 2004 [1996]: 55). Dazu dient ein euphemistisches Vokabular (etwa Flexibilität, Anpassungsfähigkeit, Deregulierung), das so klingt, als wäre der neoliberale Kapitalismus eine Botschaft der allgemeinen Befreiung (vgl. ebd.: 52). Gleichzeitig werden die fortschrittlichsten demokratischen Errungenschaften beseitigt (Arbeiter_innenrechte, soziale Sicherung, Bildungs- und Gesundheitswesen etc.), wer für die Erhaltung dieser progressiven Errungenschaften kämpft, wird als ›rückschrittlich‹ diffamiert (vgl. Bourdieu 2004 [1999]: 157).

Paradigmatisch sind Margaret Thatchers vielzitierte Aussagen »Es gibt keine Gesellschaft« (»There's no such thing as society« [URL 3]) und »Es gibt keine Alternative« (Thatcher zit. nach Fisher 2017 [2009]: 15). Erstes Zitat verweist auf die politische Taktik des Teilens und Herrschens: Alle kollektiven Instanzen, die diesem ökonomischen Darwinismus etwas entgegenzusetzen könnten, sollen zerstört werden. Gewinnmaximierende und konkurrierende Individuen schließen sich nicht zu Widerstandsbewegungen zusammen und können nicht zur Gefahr für das System werden (vgl. 2004 [1998]: 127). Das zweite Zitat verweist darauf, dass neoliberale Ideolog_innen und Propagandist_innen konsequent versuchen, das System als ›natürliche Ordnung‹ darzustellen. Think Tanks, Public-Relations-Agenturen und Lobbys der Industrie und Konzerne arbeiten mit einem unge-

heuren Aufwand daran, die neoliberale Orthodoxie als alles beherrschenden Diskurs zu etablieren und bewahren (vgl. Bourdieu 2004 [1999]: 131f). Diesen produzierten Anschein als alternativlose natürliche Ordnung nennt Mark Fisher ›Kapitalistischen Realismus‹:

»[E]ine Art alles durchdringender Atmosphäre, die nicht nur die Produktion von Kultur bestimmt, sondern auch die Regulation von Arbeit und Bildung. Er wirkt eher wie eine unsichtbare Barriere, die unser Denken und Handeln einschränkt« (Fisher 2017 [2009]: 24).

Der Kapitalismus bestimmt den Horizont des Denkbaren, dringt in unser Unbewusstes ein und kolonialisiert unsere Träume. Er gestaltet unsere Begehren, unsere Ansprüche und Hoffnungen (vgl. ebd.: 15f). Gegenwärtiges Denken spielt sich heute also überwiegend innerhalb der Grenzen der neoliberalen Ideologie ab, es kommt zu einer Aushöhlung der gesellschaftlichen Vorstellungskraft, zu einem Verschwinden denkbarer Alternativen (vgl. ebd. 96).

In Amerika ist der Begriff ›Neoliberalismus‹ eher ungebräuchlich, die damit gemeinten Sachverhalte verstecken sich in Begriffen wie ›Freiheit‹, ›freier Markt‹, ›freie Marktwirtschaft‹, ›Freihandel‹ oder ›American Way of Life‹ (vgl. Graeber 2012: 80).

2.1.2. Die Krise

Krise (von griech. κρίσις/Krísis) (vgl. PONS 2017) ist ein alltags-sprachlich vielfach verwendeter Begriff und demzufolge einem inflationären Gebrauch ausgesetzt. Dieses Phänomen lässt sich nicht zuletzt seit geraumer Zeit auch in europäischen Diskursen beobachten. Während im *Lexikon der Politik* (Nohlen 1998) das wesentliche Merkmal einer Krise die Radikalität der sich bietenden Alternativen ist (ebd.: 339), ist der Krisendiskurs der letzten Jahre in Politik und Mainstreammedien hochgradig verengt und folgt den Regeln des Kapitalistischen Realismus. Sichtbar wurde das u. a. im »Schuldenstreit« (URL 4) zwischen der griechischen Regierung unter Tsipras und der Europäischen Union. Während die Europäische Union eine strikt neoliberale Agenda verfolgte, die sich vor allem auf Sparmaßnahmen, Abbau der Arbeitsrechte und Privatisierungen konzentrierte, wurden die griechischen Forderungen – u. a. nach einer Schuldenerleichterung und einem europäischen *New Deal* – als »linksradikal« diffamiert (vgl. URL 5; Haring 2015). Dass diese pauschale Diskreditierung der griechischen Vorschläge überhaupt möglich war, zeugt von

einer massiven Verschiebung des Diskurses und der ökonomischen Politik in den letzten Jahrzehnten – Mitte des 20. Jahrhunderts hätte das keynesianische Programm der griechischen Regierungspartei Syriza keineswegs als linksradikal gegolten, sondern wäre gemäßigter sozialdemokratischer Standard gewesen (vgl. Pavlopoulos/Vassalos 2015).

Weiters ist eine Verengung des Krisendiskurses auf den Bereich der Wirtschaft festzustellen. Im Falle Griechenlands sind jedoch mehrere krisenhafte Dimensionen miteinander verwoben, weshalb sich der Begriff einer ›multidimensionalen Krise‹ oder ›Vielfachkrise‹ bewährt hat: Aus einer ökonomischen Krise, ausgelöst durch Niederlagen im EU-internen Wirtschaftswettbewerb und verstärkt durch den Finanzmarktkapitalismus, folgte eine politische, soziale und auch symbolische Krise in Griechenland und Europa (vgl. Köper/Taraben 2015: 23f; Agridopoulos/Papagiannopoulos 2016: 2). Die Vielfachkrise ist keineswegs auf Griechenland beschränkt, vielmehr handelt es sich um eine internationale Krise, die sich regional manifestiert (vgl. Lapavistas et al. 2010).

Laut Duden handelt es sich bei einer Krise um eine »schwierige Lage, Situation, Zeit [die den Höhe- und Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung darstellt]; Schwierigkeit, kritische Situation; Zeit der Gefährdung, des Gefährdetseins« oder, als medizinischer Begriff, um den »kritische[n] Wendepunkt bei einem Krankheitsverlauf« (URL 6). Die griechische Vielfachkrise entspricht dieser Definition nur bedingt, denn aus einem Höhe- oder Wendepunkt ist hier ein permanenter Zustand geworden. Die Krise dauert nun bereits über acht Jahre an, ein Ende ist nicht abzusehen – für junge Griech_innen, die heute in den Arbeitsmarkt eintreten wollen, ist die Zeit vor der Krise eine bloße Kindheitserinnerung. Für Giorgio Agamben ist diese Ausdehnung der Krise eine politische Strategie, mittels der die Unsicherheit in die Zukunft bis ins Unendliche verlängert und eine Lösung immer weiter aufgeschoben wird (vgl. Agamben/Schümer 2013):

»Der Begriff ›Krise‹ ist in der modernen Politik [...] zur Tageslosung geworden und gehört längst in jedem Segment des Soziallebens zur Normalität« (ebd.).

Die Krise ist mittlerweile zu einem Herrschaftsinstrument geworden, das dazu dient, politische und ökonomische Entscheidungen zu legitimieren und die Bürger_innen vom Mitbestimmungsprozess weit-

gehend auszuschließen (vgl. ebd.). Auch Bourdieu erkennt hinter der Schaffung eines Unsicherheitsgefühls einen politischen Willen, die so entfesselte Furcht wird im Rahmen von Prekarisierungsstrategien systematisch ausgenutzt (vgl. Bourdieu 2004 [1997]: 110):

»Die Prekarität ist Teil einer neuartigen *Herrschaftsform*, die auf der Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmer zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen« (ebd.: 111).

Der Kapitalistische Realismus wurde durch die Weltwirtschaftskrise nicht durchbrochen. Die Rettungsaktionen für die von der Pleite bedrohten Banken bedeuteten kein Ende des Kapitalismus, sondern eine noch stärkere Behauptung der kapitalistisch-realistischen Alternativlosigkeit. Den Crash des Bankensystems zuzulassen, wurde als undenkbar wahrgenommen, es kam zu einem Fluss öffentlicher Gelder in private Hände.⁴ Trotz kurzfristiger Diskreditierung des Neoliberalismus dominieren dessen Grundannahmen bis heute die politische Ökonomie (vgl. Fisher 2017 [2009]: 91f):

»Nach 2008 lautete die Botschaft nicht länger, dass der neoliberale Kapitalismus Teil einer unaufhaltsamen historischen Zeitenwende sei, sondern dass jegliche Abweichung vom neoliberalen Kurs desaströse Folgen haben würde« (Fisher 2017 [2013]: 97).

Zur ›Krisenbekämpfung‹ wurden Maßnahmen verhängt, die die Krise erst ermöglicht hatten: Deregulierungen, Privatisierungen und Steuererleichterungen für die Reichen (vgl. ebd. 98).

Laut Fisher muss eine emanzipatorische Politik daher erst den Anschein einer natürlichen Ordnung zerstören. Es muss vor Augen geführt werden, dass das im Moment alternativlos Erscheinende selbst einmal für unmöglich gehalten wurde (Beispiel: Die ab den 1980ern durchgeführten Privatisierungen der Energieversorgung und Eisenbahn in Großbritannien wären ein Jahrzehnt früher undenkbar gewesen) (vgl. Fisher 2017 [2009]: 25). Laut Oskar Negt können Krisenzeiten jedoch nur dann zu Erkenntniszeiten werden, wenn sich am Horizont Alternativen abzeichnen. Durch sie bekommen Wut, Protest und Rebellion strategische Ziele, die über die Verteidigung

4 Diese Bankenrettungen widersprechen zwar theoretisch der reinen neoliberalen Ideologie des ›freien Marktes‹, wurden in der Praxis aber überwiegend kritiklos angenommen (vgl. Nordmann 2013: 3).

sozialer Errungenschaften hinausgehen (Negt 2012: 133f). Durch gesellschaftspolitische Alternativen kann »die verbreitete Existenzangst, die ein depressives Erstarren im individuellen Zorn bewirkt, umgedreht und auf produktive Entwicklungen gelenkt werden« (ebd.: 134). Fisher sieht in der Allgegenwärtigkeit der neoliberalen Ideologie auch eine Chance für alternative Entwicklungen:

»Die unterdrückerische Verbreitung des kapitalistischen Realismus bedeutet, dass sogar der kleinste Funke alternativer politischer oder ökonomischer Möglichkeiten eine überproportional starke Wirkung haben kann. Das kleinste Ereignis kann ein Loch in den grauen Vorhang limitierter Handlungsmöglichkeiten reißen, die bisher den Möglichkeitshorizont des kapitalistischen Realismus markieren. Aus einer Situation, in der nichts passieren kann, ist eine geworden, in der wieder alles möglich ist« (Fisher 2017 [2009]: 95).

Diese genannten kleinen Funken alternativer Möglichkeiten möchte ich in dieser Arbeit untersuchen und in Kapitel Utopie (siehe Kapitel 5) vorstellen. Die Reaktionen auf die Verheerungen der Krise sind häufig kollektiv: Dabei kann es sich um eine Rückkehr in den Schutz der Familie handeln, ein Erstarren des Nationalismus – oder um freiwillige Assoziationen von Individuen mit ähnlichen Zielen. Meine Forschungsarbeit dreht sich um Letztere.

2.1.3. *Selbstverwaltete Initiativen*

Mit Beginn der Vielfachkrise entstand in Griechenland eine Vielzahl an Experimenten mit alternativen Organisationsformen: Arbeiter_innenkollektive, Tauschsysteme, Selbsthilfegruppen, Zeitbanken oder die erste von Arbeitern besetzte Fabrik namens *Vio.Me*. Ich verwende den Begriff der »selbstverwalteten Initiative«, wenn es sich um einen freiwilligen nichtstaatlichen Zusammenschluss ohne Nähe zu parlamentarischen Parteien handelt. Ein weiteres Merkmal ist die Organisationsform: Eine selbstverwaltete Initiative muss horizontal und basisdemokratisch organisiert sein, unabhängig davon, ob es sich um eine Genoss_innenschaft, eine Fabrik in Arbeiter_innenbesitz oder ein eher informelles Netzwerk handelt. In der Regel werden konventionelle Managementstrategien, Anstellungsverhältnisse und Unternehmenshierarchien, aber auch rein profitorientiertes Wirtschaften abgelehnt (vgl. Kokkinidis 2014: 847f).

Die untersuchten selbstverwaltete Initiativen dienen dazu, ma-